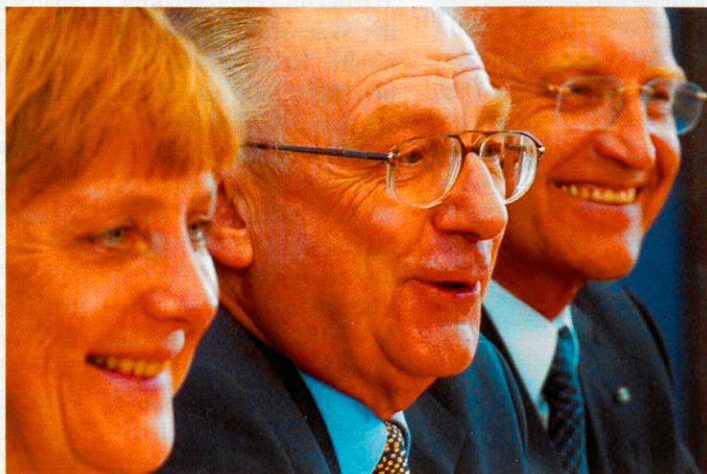


„Mit großer Zustimmung“ hat der Bundesvorstand der CDU Stoibers Entscheidung für Späth begrüßt. Als einen „Glücksfall“ bezeichnete die Parteivorsitzende die Berufung. Angela Merkel: „Dies ist ein guter Tag in unserm Wahlkampf und ein gutes Signal für die Menschen, vor allem für die Menschen in den neuen Ländern.“

Foto: ddp



Stoiber beruft Lothar Späth in sein **Kompetenzteam**

Als erstes Mitglied seines Kompetenzteams hat Unionskanzlerkandidat Edmund Stoiber den Chef des Jenaer Technologiekonzerns Jenoptik, Lothar Späth, vorgestellt. Der frühere baden-württembergische Ministerpräsident soll nach der Bundestagswahl das Schlüsselressort Wirtschaft, Arbeit und Aufbau Ost übernehmen.

„Meine Regierung“, erklärte Edmund Stoiber, „wird durch starke und

selbstbewusste Persönlichkeiten geprägt sein.“ Als Bundeskanzler werde er in erster Linie „Spielführer und Teamchef“ sein und nicht „Alleinunterhalter“.

Wirtschaftswachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sind das wichtigste Ziel einer unionsgeführten Bundesregierung: zwei Seiten einer Medaille. Deshalb die Verlagerung der Arbeitsmarktpolitik aus dem Sozialin das Wirtschaftsministerium. *Fortsetzung. Seite 2*

INHALT

WAHLKAMPF

Großes Engagement, hohe Motivation und feste Zuversicht. Erste Kampagnen-Konferenz der CDU am 7. Mai in Schwerin
SEITE 4-5

DOKUMENTATION

Edmund Stoiber: Wir brauchen am 22. September den Wechsel in Deutschland. Rede anlässlich des Arbeitsmarktkongresses der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Zwickau

ANGELA MERKEL:

Ein gutes Signal

Fortsetzung von Seite 1

Aufbau Ost ist neben der Wieder-in-Gang-Setzung der Wachstumsspirale die zweite Kernaufgabe des neu zugeschnittenen Wirtschaftsministeriums.

Nur wenn auch die neuen Bundesländer ein höheres Wirtschaftswachstum erzielen als unter der Schröder-Regierung könne Deutschland insgesamt – so Stoiber – „die Abstiegszone in der Wirtschaftswachstums-Liga in Europa hinter sich lassen“.

Dass ein höchst erfolgreicher Wirtschaftsführer wie Lothar Späth in die Politik wechsle, ist, wie der Kanzlerkandidat betonte, „leidereine Seltenheit“. Um so glücklicher sei er deshalb, den früheren Ministerpräsidenten eines in Sachen Wirtschaftspolitik überaus erfolgreichen Bundeslands für sein Team gewonnen zu haben: ■ ein „Multitalent und Multimacher“, der schnell und überzeugend zu handeln verstehe; ■ einen, der seit vielen

Jahren schon den Erneuerungsbedarf Deutschlands analysiert habe, und ■ einen, der über Erfahrungen in den alten und in den neuen Ländern verfüge, in der Politik und in der Wirtschaft.

Stoiber: Mit Lothar Späth erhält der Aufschwung in Deutschland ein Gesicht.“

„Mit großer Zustimmung“ hat der Bundesvorstand der CDU Stoibers Entscheidung für Späth begrüßt. Als einen „Glücksfall“ bezeichnete die Parteivorsitzende die Berufung. Angela Merkel: „Dies ist ein guter Tag in unserem Wahlkampf und ein gutes Signal für die Menschen, vor allem für die Menschen in den neuen Ländern. In besonderer Weise verkörpert Lothar Späth, was die Menschen in Ost und West von Ludwig Erhard wissen: das Versprechen von wirtschaftlichem Erfolg für alle, für den Mittelstand sowohl wie für die Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land.“

■ Maria Böhmer Sonderbeauftragte im Kampf gegen Gewalt in den Medien (Seite 7) ■ Prof. Heribert Offermanns und Thomas Rachel: Deutschland braucht strategisches Innovationskonzept. Bundesfachausschuss Forschung und Technologie legt Programm vor (Seite 8-9) ■ Matthias Wissmann: Unionsprogramm finanzierbar – Schröder kapituliert vor Finanzlage (Seite 10) ■ Peter Hintze: Schröders europapolitischer Canossa-Gang (Seite 12) ■ Standing Ovations und Traumergebnis für Roland Koch. Landesparteitag der CDU Hessen in Bad Wildungen (Seite 14-15) ■ Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsflaute treffen vor allem die sozial Schwachen. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises (Seite 16-17) ■ CDU trauert um Horst Waffenschmidt (Seite 18) ■ Saarbrücker Zeitung und tz in München gewinnen Lokaljournalistenpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung (Seite 19)

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

LOTHAR SPÄTH:

Endlich damit **anfangen** aufzuräumen

■ Das Team in Jena, das nach ihm Jenoptik weiter führt, steht. ■ Auf einer Betriebsversammlung hat er den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erklärt, warum und wieso. ■ Und in Gesprächen mit Studenten hat er gesagt: „Ja gut also, dann doch noch mal!“

Lothar Späth unterstreicht auf der gemeinsamen Pressekonzferenz mit Edmund Stoiber und Angela Merkel gleich zuerst: „Vorrangige Bedingung für meine Zusage war die Schaffung der Voraussetzungen für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik.“ Damit es nicht weiter so geht: Der Bundeskanzler fährt nach Washington, um dort zu gucken, wie es mit der amerikanischen Konjunktur steht: letzte Hoffnung auch für ein Anspringen der Konjunktur in Deutschland.

„Was können wir selber für den Aufschwung tun?“ ist doch die Frage. Antwort: Zuerst zur Kenntnis nehmen, was uns alle Sachverständigen bescheinigen, dass Deutschland ■ den verkrustetsten Arbeitsmarkt hat ■ die müdeste Organisationsveranstaltung staatlicher Art aufweist und ■ endlich anfangen muss, bei

sich ordentlich aufzuräumen. Ein wichtiger Schritt wäre, so Späth, wie z.B. in Frankreich in einem starken Wirtschaftsministerium Arbeit und Wirtschaft zusammenzufassen. Dazu gehört auch die Einbeziehung der Wirtschaftsförderung, damit wir potentiellen Investoren Angebote aus einem Guss machen können.

Lothar Späth: „Man muss sich nur ansehen, wie BMW nach Leipzig gekommen ist, wie Chip-Fabriken auf der



*Mit Lothar Späth
erhält der Aufschwung
ein Gesicht.*

ganzen Welt verteilt werden. Dann stellt man fest: Die großen Kapitalgesellschaften haben Computerprogramme, mit denen sie detailliert Vor- und Nachteile der Länder analysieren. Nach den Ergebnissen richten sich die Entscheidungen, ob Barcelona oder Dublin.“

Wie verhindert man, dass Wirtschaftspolitik nur noch die Aufgabe hat, Reparaturen durchzuführen? Man müsse auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit se-

hen, das Budget zwar in Ordnung halten, „aber auch mal über vier, fünf Jahre hinweg eine Leidensstrecke für den Haushalt in Kauf nehmen“.

Noch wichtiger als alle Zahlenspiele, die im Augenblick über Auf- und Abschwung angestellt werden, sei für die Handlungsfähigkeit eines Wirtschaftsministers, die bedenkliche Zuordnung der Arbeit zum Sozialen aufzulösen. So langsam wissen wir nicht mehr, wer noch im Arbeitsmarkt ist und wer inzwischen sozial betreut werden muss.

Wenn gefragt wird, wo die Arbeitsplätze herkommen, wird geantwortet: von der produzierenden Industrie, die allerdings immer mehr mit immer weniger Leuten arbeitet. Dem Mittelstand geht es nicht anders: bei hohen Löhnen und Lohnnebenkosten bleibt ihm nichts weiter übrig, als ebenfalls die Produktivität zu erhöhen.

Späth: „Wir brauchen eine neue Kultur der Selbstständigkeit, eine Innovationspolitik mit hoher Wertschöpfung, eine bessere Ausnutzung der Potenziale im Dienstleistungsbereich und Nachfrage nach Arbeit, die Arbeitsplätze schafft.“ **UD**

Großes Engagement, hohe Motivation und feste **Zuversicht**

Mit einer herzlichen Gratulation eröffnete der Landesvorsitzende und Spitzenkandidat für die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, Eckhardt Rehberg, am 22. September die erste Kampagnen-Konferenz der CDU am 7. Mai in Schwerin.

Rehberg: „Wir haben mit unserem Bewerber Norbert Claussen die Stichwahl zum Oberbürgermeister in dieser Stadt gewonnen und mit 58,4 Prozent der Stimmen den Kandidaten der PDS aus dem Feld geschlagen.“

Nach dem Beispiel, das Sachsen-Anhalt am 21. April gegeben hat, ein weiterer Erfolg, der die CDU Mecklenburg-Vorpommern ermutigt, auch bei der Landtagswahl, die am Tag der Bundestagswahl stattfindet, auf Sieg zu setzen.

Informationen für die Planung des Wahlkampfes vor Ort

Insgesamt 200 Vertreter – auch aus den Landesverbänden Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein –



Eckhardt Rehberg



Laurenz Meyer



Willi Hausmann

waren in die Landeshauptstadt gekommen, um in die Planung ihres Wahlkampfes vor Ort auch wichtige Informationen aus der CDU-Bundesgeschäftsstelle mit einzubeziehen.

Schwere Niederlagen haben die SPD verunsichert

Laurenz Meyer bestätigte den Optimismus des Landesvorsitzenden: „Die Zeichen stehen auf Sieg. Aber wir haben noch fast fünf Monate Wahlkampf vor uns. Es wäre verhängnisvoll, wenn uns Siegeszuversicht leichtsinnig machte. Bleiben wir also weiter in unserem Zeitplan und in der Spur. Ständiges Ändern der Strategie ist inzwischen zum Kennzeichen des SPD-Wahlkampfes geworden.“

Schwere Niederlagen haben die Sozialdemokraten verunsichert und ausgezehrt.

Nach der überwiegend „angriffigen“ Phase des CDU-Wahlkampfes von Januar bis zur Vorstellung des Regierungsprogramms beginnt jetzt der Kompetenz-Wahlkampf, der die Ergebnisse von Umfragen, die von Mal zu Mal besser geworden sind, absichert und ausbaut.

Laurenz Meyer: „Die Zusammenarbeit von CDU und CSU klappt ausgezeichnet. Wir kämpfen geschlossen für die Union und den gemeinsamen Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber.“

Unterstützung aus dem Konrad-Adenauer-Haus

Wie vor ihm der Generalsekretär vertiefte auch der Bundesgeschäftsführer sei-

nen Vortrag mit Hilfe von Computerfolien. Willi Hausmann stellte noch einmal im einzelnen Wahlkampfstrategie, Zeitplan und bisher verfügbare Informations- und Werbemittel wie zum Beispiel Klapp-Karte „Versprochen – Gebrochen“, Ländervergleich und andere Kleinwerbmittel vor.

Er stellte eine Übersicht der Kampagnen- und Mediaplanung vor, machte deutlich, welche Arbeit auf die Kreis- und Ortsverbände zukommt, welcher Art die Unterstützung des Konrad Adenauer-Hauses sein wird, und machte mit den Serviceeinrichtungen der Bundesgeschäftsstelle vertraut.

Eine gute Idee

Mit ihren Reaktionen gaben die Gäste aus den vier Landesverbänden schon am Ende der ersten Kampagnen-Konferenz zu erkennen: Es war eine gute Idee, von den üblichen Informationswegen abzugehen und Vertreter der Partei einmal dort zu versammeln, wo der eigentliche Wahlkampf stattfinden wird.

Die ausgesprochen gute Stimmung in Schwerin verriet großes Engagement, hohe Motivation und feste Zuversicht.

Rot-Grün hat Deutschland ärmer gemacht

Die SPD hat am letzten Wochenende damit begonnen, Anzeigen mit gewagten Behauptungen zu schalten. Sie lassen sich leicht widerlegen.

SPD behauptet: „Stoiber will den armen Staat. Stoiber will die Staatsquote unter 40 % senken.“

FAKT:

Die Regierung Schröder hat Deutschland ärmer gemacht

Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit erstmals seit dem zweiten Weltkrieg unter dem Durchschnitt in der Europäischen Union (EU), höchste Neuverschuldung in Europa (Frühjahrsprognose der EU-Kommission)

Die Union will Senkung der Staatsquote nicht auf einen Schlag, sondern Schritt für Schritt:

„Wir wollen die brachliegenden Kräfte für mehr Wachstum in Deutschland nutzen.

Die lähmenden Wirkungen übermäßiger Bürokratie, Steuer- und Abgabenlast müssen beseitigt werden. ... Wir werden deshalb die Staatsquote, den Anteil der Ausgaben der öffentlichen Hand an der gesamtwirtschaftlichen Leistung, von derzeit knapp 50% schrittweise und dauerhaft auf unter 40% senken. Damit bewahren wir den Staat, die öffentlichen Haushalte und die sozialen Sicherungssysteme besser vor Überforderung und Überschuldung.“ (Regierungsprogramm von CDU und CSU)

SPD behauptet: „Stoiber will weniger soziale Gerechtigkeit. Stoiber will die Steuern für die Reichen stärker senken. Unter 40 %.“

FAKT:

Auch Schröder war für Steuersatz 40 Prozent:

„Wir werden bei der Steuerreform sowohl auf Vereinfachung wie auf soziale Gerechtigkeit setzen. Das bayerische Modell ist nicht schlecht: Eingangssteuer-

satz 20, Spitzensatz 40 Prozent.“ (Focus, 26. 8. 1996)

„Ich sage: Runter mit dem Eingangssteuersatz auf etwa 20%. Und unser Ziel sollte sein, auf 40% im Spitzensatz zu kommen.“ (FAZ, 8.12.1996)

„Schröder wäre froh, „wenn man beim Spitzensteuersatz auf 40% herunter könnte“.“ (WAZ, 10.1.1997)

Das will die Union:

„CDU und CSU werden ... eine große Steuerreform auf den Weg bringen, die von den Vorgaben 'einfacher, niedriger und gerechter' geprägt ist. ... Unser Ziel ist es, dass im Ergebnis alle entlastet werden und weniger Steuern zahlen. Wir werden das Steuerrecht so vereinfachen, dass alle Bürger ihre Steuerklärung wieder selbst erstel-



len können. Ein einfaches Steuersystem ist grundsätzlich auch ein gerechteres Steuersystem. Wir werden die Steuerbelastung senken. Wir werden mittelfristig und schrittweise den Einkommensteuersatz auf unter 40% und den Eingangssteuersatz auf unter 15% senken... Alle Steuerzahlergruppen werden entlastet. Durchschnittsverdiener sollen nicht mehr in die Nähe des Höchststeuersatzes kommen.“ (Regierungsprogramm von CDU und CSU)

SPD behauptet: „Der Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer soll eingeschränkt werden.“

FAKT:

Die Union wird den Kündigungsschutz nicht antasten

„Deshalb werden wir für ein modernes Arbeitsrecht sorgen, das zu möglichst vielen Einstellungen führen und so neue Beschäftigungschancen eröffnen wird. ... Wir wollen älteren Arbeitslosen die Möglichkeit eröffnen, sich bei Abschluss eines neuen Arbeitsvertrages eine Abfindung zusichern zu lassen, wenn sie für den Fall einer künftigen Kündigung auf eine Kündigungsschutzklage verzichten.“ (Regierungsprogramm von CDU und CSU)

NACH SACHSEN-ANHALT

Vorteile für den Kanzlerkandidaten der Union, Edmund Stoiber, sieht eine deutliche Mehrheit der Deutschen im Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt - für Schröder dagegen Nachteile. Die Zahlen, die das Bonner dimap-Institut ermittelt hat: ■ 60 Prozent meinen: der 21. April hat Stoiber genutzt, ■ 59 Prozent sehen einen schädlichen Effekt für den noch amtierenden Kanzler.

DEN SOZIALDEMOKRATEN

laufen die Arbeiter davon: Die SPD liegt mit 33 oder sogar nur 31 Prozent ohnehin tief im Umfragekeller. Jetzt laufen der „Arbeitnehmerpartei“ auch noch die Arbeitnehmer weg. Bundesweit würden nach einer infratest/dimap-Umfrage nur noch 36 Prozent der Arbeiter für die SPD stimmen. Bei der Bundestagswahl 1998 waren es noch 49 Prozent. Neue Arbeitnehmerpartei ist inzwischen mit 38 Prozent die Union.

Maria Böhmer **Sonderbeauftragte** im Kampf gegen Gewalt in den Medien

Zur Sonderbeauftragten im Kampf gegen Gewalt in den Medien haben Angela Merkel und Edmund Stoiber die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzende der Frauen-Union, Maria Böhmer, bestellt.



Die Sonderbeauftragte fordert, die Stellung der Jugendschutzbeauftragten in den Medienunternehmen zu verbessern. In vielen Fällen seien die Beauftragten mit anderen Aufgaben überfrachtet, oft stünden sie auch in einem Interessenskonflikt. Bisher hätten die Beauftragten überdies lediglich ein Beratungsrecht. Direkte Eingriffe und Verbote könnten sie nicht durchsetzen. „Es gilt, die Position der Jugendschutzbeauftragten zu stärken! Ihre rechtliche und tatsächliche Handhabe ist leider immer noch zu schwach“, so Maria Böhmer.

Im Bereich der neuen Medien habe man die Situation lange noch nicht im Griff, mahnt Böhmer. Das Gesetz stelle zwar die Verbreitung pornographischer, rassistischer, Gewalt verherrlichender und anderer jugendgefährdender Inhalte

im Internet unter Strafe. Die Unübersichtlichkeit des Internets erschwere die Kontrolle allerdings erheblich. Gerade hinsichtlich gewalttätiger Video- und Computerspiele fordert die Sonderbeauftragte daher klare Verbotregelungen. Böhmer appelliert weiter an die Verantwortlichen in den Medien, in der Politik, aber auch in den Schulen und zu Hause, im Kampf gegen die Gewalt in den Medien zu kooperieren.

Seit vielen Jahren ist die Pädagogikprofessorin eine

Verfechterin des Jugendmedienschutzes. Mehr als 500.000 Menschen beteiligten sich an der von ihr initiierten Aktion: „Rote Karte für TV“. Mit dem Slogan: „Gewalt beginnt im Kopf“ hatte sie aufgerufen, sich mit einer Postkartenaktion gegen Gewalt in den Medien zu wenden.

Die Aktion bewirkte die Aufnahme eines Ausstrahlungsverbot von indizierten Filmen in den Rundfunkstaatsvertrag. Darüber setzte die Aktion einen Denkprozess in Gang – bei den Fernsehzuschauern wie bei den Fernsehsendern. „Jugendmedienschutz geht uns alle an“, erklärt Maria Böhmer: „Nur wenn alle gemeinsam an einem Strang ziehen, lässt sich das Bewusstsein gegenüber Gewalt langfristig verändern.“

MARIA BÖHMER appelliert an die Chefs der Fernsehsender: „Die Jugendschutzbeauftragten der Sender verantworten zu häufig in Personalunion noch weitere Aufgabengebiete, etwa die Wirtschaftlichkeit der Sender. Das führt – insbesondere im kommerziellen Fernsehen – unvermeidlich zu Interessenkonflikten bei der Durchsetzung des Jugendschutzes. Das muss künftig vermieden werden. Notwendig ist es nach unserer Auffassung, eine Diskussion über die Position der Jugendschutzbeauftragten zu führen.“

Deutschland braucht ein strategisches Innovationskonzept

Der Bundesfachausschuss Forschung und Innovation hat ein strategisches 12-Punkte-Konzept zur Verbesserung der Innovationssituation der kleinen und mittleren Unternehmen vorgelegt. Dazu erklärten der Vorsitzende, Prof. Dr. Heribert Offermanns, und sein Stellvertreter Thomas Rachel:

Die Innovationsfähigkeit des Mittelstands ist einer der bedeutendsten Faktoren für die Entwicklung unserer Volkswirtschaft. Deshalb ist die sträfliche Vernachlässigung der Forschungspolitik für den Mittelstand durch die Regierung Schröder fatal. Bei der Förderung gibt es den versprochenen Aufwuchs nicht. Es fehlt jeder konzeptionelle Ansatz einer Innovationspolitik aus einem Guss für den Mittelstand. Stattdessen herrscht Aktionismus und Bürokratie. Aufgelegt werden vor allen Dingen immer wieder Miniprogramme wie z.B. InnoNet, die keinen echten Innovationsschub auslösen können. Die einzelnen Programme sind zersplittert und kaum vernetzt. Negativ

macht sich auch die unsachgemäße Aufteilung der Forschungs- und Innovationspolitik zwischen dem Bundesministerium für Bildung und Forschung auf der einen und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie auf der anderen Seite bemerkbar.

Gebraucht wird ein strategisches Innovationskonzept für den Mittelstand:

■ **Priorität** muss die Schaffung innovationsfördernder, wirtschaftlicher und rechtlicher Rahmenbedingungen haben, um auch kleine und mittlere Unternehmen in die Lage zu versetzen, eigenverantwortlich die gewünschten Innovationen durchzuführen. Betriebsbezogene Förderprogramme müssen impulsgebenden Charakter haben, anwendungsorientiert und vorwettbewerblich organisiert sein. Sie sollen die Unternehmensforschung nicht lenken, sondern die von den Unternehmen verfolgten Innovationsstrategien beflügeln.

■ Für ein positives Innovationsklima im Mittelstand sind besonders eine mittelstandsfreundliche Ausgestaltung der Steuerpolitik und die Deregulierung des verfestigten Arbeitsmarktes wichtig. Zur Entwicklung neuer Lösungsansätze und zur Identifizierung besonders wirksamer Maßnahmen sollte eine international vergleichende Studie mit maßgeblichen Rahmenbedingungen für kleine und mittlere innovative Unternehmen erstellt werden.

■ Die Forschungs- und Entwicklungsförderung für den Mittelstand braucht eine auch mittelfristig sichere Budgetbasis und kalkulierbare Förderprogramme.

■ Die Förderprogramme sind zu arrondieren. Das bedeutet vor allen Dingen eine Reduzierung der Programmvelfalt und eine praxisorientierte Zusammenführung der Programme von Bundesländern, Bund und EU. Gebraucht werden einige wenige, dafür großzügig ausgestaltete Forschungsprogramme. Auf betrieblicher Ebene sind alle Fördermaßnahmen zu befristen.

■ Die inhaltlich zusammenhängende Forschungs- und Technologiepolitik ist in einem Ressort zu bündeln.

■ Die indirekte Innovationsförderung muss einen ihrer Effizienz entsprechenden Stellenwert erhalten. Das heißt

▶ Ausbau effizienter indirekter Programme wie Innovationskompetenz für mittelständische Unternehmen und Förderung industrieller Gemeinschaftsforschung. Unternehmen brauchen zum Teil Stimulierung von Innovationsaktivitäten ohne thematische Vorgaben.

▶ Entwicklung neuer Ansätze für wirksame Innovationsfördermaßnahmen in ausgewählten, vor allen Dingen interdisziplinären Technologiefeldern,

▶ Prüfung der Einführung steuerlicher Maßnahmen der Forschungsförderung für kleine und mittlere Unternehmen vor dem Hintergrund der für den Mittelstand unzulänglichen Unternehmensteuerreform.

■ Die Projektförderung, insbesondere die zum Teil komplexen Leitprojekte, sollten so ausgestaltet werden, dass auch kleine und mittlere Unternehmen sich

beteiligen können. Vor allem aber muss gewährleistet werden, dass ihre Ergebnisse frühzeitig einem breiten Kreis potenzieller Nutzer aus dem Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen verfügbar sind.

■ Bei Wettbewerbskonzepten gilt es, die Handlungsfelder so zu umreißen, dass sie Impulse für Innovationsanstrengungen von kleinen und mittleren Unternehmen geben können. Dabei lassen sich regionale und thematische Ansätze zu Kompetenznetzwerken integrieren.

■ Es bedarf weiterhin spezieller Maßnahmen zur Stärkung von Forschung und Entwicklung bei kleinen und mittleren Unternehmen in den neuen Bundesländern, insbesondere in strukturschwachen Regionen. Die Schwerpunkte sollten dabei auf

▶ Qualifizierungsmaßnahmen und

▶ auf die Anpassung bestehender bundesweiter Instrumente an die Besonderheiten der neuen Bundesländer, etwa durch höhere Fördersätze oder Höchstfördersummen, gelegt werden.

■ Zur besseren Abstimmung der Forschungs- und Entwicklungspolitik für kleine und mittlere Unternehmen sollten Bund und

Länder die Auflage kofinanzierter Programme prüfen.

■ Statt einer speziellen eigenen Fördermaßnahme für kleine und mittlere Unternehmen in den EU-Forschungsprogrammen ist es sinnvoller, die Forschungs- und Entwicklungspolitik für kleine und mittlere Unternehmen als nationale Aufgabe zu begreifen und mit entsprechender Priorität auf Länder- und Bundesebene zu versehen.

■ Zur Verbesserung des Wissens- und Technologietransfers ist

▶ das vorhandene Netzwerk öffentlich geförderter Transfer- und Beratungseinrichtungen unter den Gesichtspunkten des Wettbewerbs, der Effizienz und des Bedarfs zu evaluieren;

▶ ein direkter Dialog zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik über Forschungsziele, Kooperation und Arbeitsteilungen zu fördern bzw. zu organisieren und dabei auch kleine und mittlere Unternehmen bzw. deren Vertreter zu beteiligen.

<http://>

Voller Wortlaut
des Beschlusses:
www.cdu.de
(Politik A-Z/Bundes-
fachausschüsse/
Beschlüsse)

Unionsprogramm finanzierbar – Schröder **kapituliert** vor Finanzlage

Zur Korrektur des SPD-Wahlkampfes hin zu einer „Politisierung“ erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Es entspricht dem traditionell sozialdemokratischem Statu-quo-Denken des Bundeskanzlers, die Substanz des Regierungsprogramms der Union allein an der Frage der Finanzierbarkeit durch den Bundeshaushalt zu messen. Es wird ausgeblendet, dass Wirtschaft ein dynamischer Prozess ist.

Die Argumentation des Bundeskanzlers basiert auf der irrtümlichen Annahme, dass allein der Staat für das Wohl der Menschen im Land zuständig sei.

■

Es geht darum, wie vorhandene Mittel optimal eingesetzt werden können

Bei der Gestaltung von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik geht es nicht um die Frage, woher zusätzliches Geld kommen kann,



sondern wie die vorhandenen Mittel optimal eingesetzt werden können.

Durch eine verfehlte Finanzpolitik und trotz zusätzlicher Einnahmen von 100 Milliarden durch die Versteigerung der UMTS-Lizenzen stieß die Regierung Schröder an das Defizitkriterium des europäischen Stabilitätspaktes und ist damit finanzpolitisch handlungsunfähig.

Gleichzeitig hat die rot-grüne Bundesregierung durch eine falsche Wirtschafts- und Steuerpolitik das Konjunkturwachstum gebremst sowie durch ■ mehr Regulierung und ■ mehr Bürokratie die Entstehung neuer Arbeitsplätze massiv erschwert.

Die Beschäftigungsschwelle ist nach wie vor deutlich zu hoch.

Jeder Arbeitslose weniger ist eine direkte Entlastung der öffentlichen Haushalte. Der Job-Motor Mittelstand wurde durch eine ungerechte Steuerreform von Rot-Grün zum Stottern gebracht. Dabei ist bekannt, dass jeder Unternehmensgründer ca. 3 neue Arbeitsplätze schafft.

■

Dramatische Investitionseinbrüche führen zu Steuerausfällen in Milliardenhöhe

Die Folgen sind dramatische Investitionseinbrüche deutlich gestiegene Insolvenzen und eine Verkrustung am Arbeitsmarkt.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass jetzt Steuerausfälle in zweistelliger Milliardenhöhe drohen.

Kluge und verantwortungsvolle Politik zeichnet sich nicht durch die Kapitulation vor der selbstverschuldeten Finanzlage aus, sondern durch innovatives und mutiges Handeln in der Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik trotz begrenzter finanzieller Spielräume. **UD**

Quittung an Rot-Grün

■ Zu den unmittelbaren Schäden, die die Unternehmen – aber auch die Arbeitnehmer – durch den Arbeitskampf erleiden, kommen die Folgen, die sich aus einem hohen Tarifabschluss ergeben werden. Der Sachverständigenrat hat oft genug darauf hingewiesen, dass seine ohnehin magere Wachstumsprognose für das Jahr 2002 nur unter der Voraussetzung einer moderaten Tarifpolitik realistisch ist.

Peter Rau, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU: „Die Verantwortung für diese verheerende Entwicklung trifft aber nicht nur die Führung der IG Metall und namentlich diejenigen ihrer Spitzenfunktionäre, die sich durch martialisches Auftreten in der Tarifrunde für die Zwickel-Nachfolge empfehlen wollen. Mindestens ebenso groß ist die Verantwortung der rot-grünen Bundesregierung. Deren schlechte Politik hat nämlich für die Arbeitnehmer zu den realen Einkommensverlusten geführt, die die Gewerkschaften jetzt zurückholen wollen.“

Benachteiligungen

■ Die SPD plant offenbar die Abschaffung des Ehegattensplittings. Wenn das so ist,

dann betreffen die Pläne der SPD nicht, wie von den Sozialdemokraten immer wieder behauptet wird, in erster Linie kinderlose Doppelverdiener, sondern in über 90 Prozent der Fälle Familien mit Kindern. Die SPD würde mit ihrem Vorhaben gerade diejenigen Familien bestrafen, in denen ein Elternteil wegen der Kindererziehung die Erwerbstätigkeit einschränkt oder darauf verzichtet. Gleichzeitig wäre es ein Schlag ins Gesicht für Arbeitnehmerfamilien, die im Gegensatz zu Selbständigen und Besserverdienenden nicht die Möglichkeit haben, Einkommensteile auf den nicht oder gering verdienenden Partner umzuverteilen.

Maria Eichhorn, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU: „Mit einer Abschaffung des Ehegattensplittings steht die SPD im Widerspruch zum Bundesverfassungsgericht, das erst am 5. Februar klargestellt hat, dass Kindererziehung, Hausarbeit und Erwerbstätigkeit gleichberechtigt nebeneinander stehen.“

Kostentreiberei

■ Jetzt soll es auch ein Zwangpfand für Milchverpackungen geben. Und das, obwohl dem Bundesumweltminister das Ergebnis einer

Studie seines Bundesumweltamts bekannt sein sollte, wonach der Getränkekarton ebenso ökologisch vorteilhaft ist wie die Mehrwegflasche. Für den Verbraucher ist jetzt vollends klar: Es geht nicht nur um Bierdosen, die die Landschaft verschandeln, sondern überhaupt um ökologisch sinnlose Gängelung und Kostentreiberei.

Peter Paziorek, umweltpolitischer Sprecher der CDU/CSU, und **Werner Wittlich**, zuständiger Berichterstatter der Fraktion im Umweltausschuss des Bundestags: „Dass mit der vorgesehenen Maßnahme ein Grundnahrungsmittel ganz erheblich verteuert würde, ist der Schröder-Regierung völlig gleichgültig.“

Aufgesprungen

■ Lange haben Schröder-Regierung und rot-grüne Koalition die Rechtsanwälte im Stich gelassen. Jetzt auf einmal – kurz vor Ende der Legislaturperiode – wollen sie im Blick auf bereits vorliegende Änderungsvorschläge auf den abfahrenden Zug springen. Die unmittelbar bevorstehende Bundestagswahl macht munter. Hektik dient aber nicht der nötigen Sachdiskussion.

Norbert Geis, rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU, und **Norbert Röttgen**, zuständi-

PETER HINTZE:

Schröders europapolitischer Canossa-Gang

ger Berichterstatter der Fraktion im Rechtsausschuss des Bundestags: „Die vorgelegten Eckpunkte der Koalition greifen ohnehin viel zu kurz. Sie berücksichtigen nicht, dass die Rechtsanwaltsgebühren seit 1994 nicht mehr erhöht worden sind und die Anpassung mindestens für weitere acht Jahre gelten wird.“

Netze modernisieren

■ Das technologische Potenzial des Breitbandkabels blieb in Deutschland lange Zeit ungenutzt. Die Veräußerung an private Investoren erscheint deshalb folgerichtig, damit zum einen mehr Kapazität für Rundfunk und zum anderen mehr Wettbewerb bei Telefon und breitbandigem Internetzugang geschaffen werden kann. Hoher Kaufpreis und hohe Ausbaukosten der Fortsetzung technologischer „Hochrüstung“ begründen die berechtigte Erwartung der Kabelnetzbetreiber auf ein gesichertes Umfeld der Vermarktung, das den wirtschaftlichen Erfolg möglich macht. **Bernd Neumann**, Obmann der CDU/CSU für Kultur und Medien: „Ständige Aufgabe einer verantwortungsvollen Medienpolitik ist deshalb, die größtmögliche Vielfalt im Kabel zu sichern.“

Vor dem Europäischen Rat von Barcelona hatte der Bundeskanzler öffentlich verkündet, die EU-Kommission werde nach Berlin zitiert, damit ihr die deutschen Standpunkte dargelegt werden.



Verständlich, dass die Kommission dies als Zumutung empfand und stattdessen den Bundeskanzler nach Brüssel bat. Es wird auch Schröder nun klar, dass er mit seinen Verbal-Attacken Unverständnis bei den Mitgliedstaaten und Schaden bei der Kommission anrichtet. So wurde aus der ursprünglich geplanten Straf-Aktion ein Canossa-Gang.

Auch verbal wird der Rückwärtsgang eingelegt. In einem Namensartikel der Financial Times vom 28. April erklärt der Bundeskanzler, er sei dafür, den Binnenmarkt und die Währungsunion weiter zugunsten tieferer Integration zu entwickeln. Er hoffe, dass die kommenden 10 Jahre einen beträchtlichen

Integrationsschub bringen.

Wer diese vollmundigen Erklärungen hört, vermutet im Bundeskanzleramt den obersten aller aufrechten Europäer. Allein, die vehemente Verteidigung dessen, was der Bundeskanzler als Besonderheit der deutschen Industriestruktur ausmacht, lässt ernste Zweifel zu. Die fünf Punkte, die der Kanzler als Eckpunkte seiner Industriepolitik der Öffentlichkeit verkündet, offenbaren ein grundlegendes Missverständnis der Aufgaben europäischer Binnenmarkt- und Wettbewerbspolitik. Europa wird nicht wettbewerbsfähiger, wenn die deutsche Großindustrie in weiten Teilen außerhalb des Wettbewerbs gestaltet wird.

Die Themen Autohandel, Firmenübernahmen, Chemiepolitik und Emissionshandel sind nur Schlaglichter für ein ökonomisches Verständnis, das den Sinn des Binnenmarktes nicht erfasst.

AUF RICHTIGEM KURS

sind nach Meinung des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) CDU und CSU mit dem Regierungsprogramm, das Angela Merkel und Edmund Stoiber am 6. Mai vorgestellt haben. Ganz besonders wichtig für ZDH-Präsident Dieter Philipp: „Das Vorhaben *Dreimal unter 40* bringt wesentliche Verbesserungen für die kleinen und mittleren Unternehmen.“ Die geplante Senkung der Staatsquote, der Beiträge zur Sozialversicherung und des Spitzensteuersatzes seien der richtige Weg.

KAUM GENUTZT wird nach bisherigen Erfahrungen die neue Möglichkeit zur staatlich geförderten privaten Arbeitsvermittlung. Von den bundesweit rund 25.000 durch die Arbeitsämter ausgegebenen Vermittlungsgutscheinen sind noch nicht einmal 100 in Anspruch genommen worden. In NRW haben sich von 425.000 Anspruchsberechtigten 2000 einen Antrag besorgt. Kein einziger von ihnen hat ihn aber eingelöst. Die Gutscheine zur Inanspruchnahme privater Jobvermittler haben – je nach Dauer der Arbeitslosigkeit – einen Wert zwischen 1.500 und 2.500 Euro.

WENIG PRAKTIKABEL

ist nach Meinung des Städte- und Gemeindebunds das am 26. April vom Bundestag verabschiedete Tariftreugesetz. Es führe zu erheblich mehr Bürokratie und zu einer Verteuerung der öffentlichen Aufträge. Die Kontrolle der Einhaltung von Tariftreue werde hauptsächlich bei den Kommunen liegen und dort zusätzliche Personalkosten verursachen. Mehraufwand für die rund 14.000 Kommunen sowie Stadtwerke bei einem Bauvolumen von 50 Milliarden Euro: jährlich 2,5 Milliarden. Das Gesetz sieht vor, dass Bund, Land und Stadt Aufträge nur an diejenigen Unternehmen vergeben, die den ortsüblichen Tariflohn zahlen.

ENDLICH kann der Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Straftätern verbessert werden. Der Bundesrat hat am 26. April der hessischen Initiative zur Einführung der nachträglichen Sicherungsverwahrung im Strafgesetzbuch zugestimmt. Christiane Wagner, Justizministerin des Landes Hessen: „Jetzt ist zügiges Handeln gefordert.“

RELATIV STABIL ist seit 1996 die Verteilung von Lebensformen der Bevölkerung in Deutschland. Nach

dem Microzensus 2001 lebten im April des Erhebungsjahrs 38,4 Millionen der rund 81,5 Millionen Menschen als Paar mit Kindern zusammen: Ehepaare und Lebensgemeinschaften.

22,4 Millionen gehörten zu den Paaren ohne Kinder. 13,5 Millionen lebten allein. 5,7 Millionen waren Alleinerziehende mit Kindern. Nur 1,5 Millionen lebten zusammen mit Verwandten oder Nicht-Verwandten in einem Mehrpersonenhaushalt. Im Trend: Die Zahl der Paare ohne Kinder hat sich im Vergleich zu April 1996 um 7 Prozent auf 11,2 Millionen im Jahr 2001 erhöht.

BARRIEREFREIHEIT

im weitesten Sinne sieht das Gleichstellungsgesetz vor, das am 1. Mai in Kraft getreten ist. Es soll 6,6 Millionen schwerbehinderten Menschen in Deutschland den Alltag erleichtern, das heißt: ihnen die uneingeschränkte Nutzung von Gebäuden, Verkehrsmitteln, technischen Gebrauchsgegenständen und Kommunikationseinrichtungen ermöglichen. Beispiel: Bei Wahlen sollen Blinde künftig mit Hilfe von Schablonen wählen können – nach Möglichkeit bereits bei den Wahlen zum Deutschen Bundestag am 22. September.



Standing Ovations und Traumergebnis für Roland Koch

Standing Ovations, „Roland-Roland“-Rufe, minutenlanger Applaus. Der Landesvorsitzende der CDU und hessische Ministerpräsident hat es einmal mehr geschafft. Die Basis ist begeistert. „Dieser Mann erreicht das, was man sich von einem Politiker wünscht. Er erreicht die Menschen und er motiviert“, so eine Delegierte kurz nach der Rede Kochs, die er wie immer frei gehalten hat. Ohne Spickzettel oder Redemanuskript skizzierte er auf dem Landesparteitag der Hessen CDU in Bad Wildungen die Eckpfeiler der erfolgreichen Politik der vergangenen vier Jahre.

Zum ersten Mal brandete der Applaus auf, als der Ministerpräsident aussprach, was viele Menschen im Land spüren: „Hessen ist in den letzten vier Jahren zum erfolgreichsten Bundesland geworden. Nirgendwo wächst die Wirtschaft stärker als in Hessen, nirgendwo anders sind in den letzten drei Jahren mehr Arbeitsplätze geschaffen worden.“ So verringerte sich die Zahl der Langzeitar-



beitslosen zwischen Darmstadt und Kassel um stolze 20%, während sie im Bund im gleichen Zeitraum lediglich um 5% verringert werden konnte. Koch: „Das führt dazu, daß es den Menschen besser geht als vor drei Jahren. Das ist das Einzige, was zählt.“

Doch nicht nur die Wirtschaft boomt. Auch auf dem Sektor der Bildung kann die Regierung Koch ruhigen Gewissens erklären: Versprochen und Gehalten! „Uns ist es gelungen, Hessens Schulen so mit Lehrern zu versorgen, daß wir 100% der Studentafel abdecken können“, erklärte Koch von stürmischem Beifall unterbrochen. „Wir sind das ein-

zige Bundesland in dem das so ist.“ Der Ministerpräsident sieht Hessen damit noch lange nicht am Ende des Wegs. „Das ist die Quantität, damit haben wir jedoch nur eine Ausrede für Schulen, Schüler, Lehrer und Eltern beseitigt. Nämlich die, dass man es nicht besser kann, weil die Voraussetzungen nicht stimmen“, so Koch. „Nun müssen wir uns daran machen, die Qualität von Schule zu verbessern, vergleichbare Standards schaffen, den Unterricht an die Erfordernisse der globalen Gesellschaft anpassen.“

Die Menschen leben sicherer. Auch das stellte Koch nüchtern fest und brachte das Beispiel Frank-

furt: „Diese Stadt lag noch vor drei Jahren auf Platz 1 der Kriminalitätsstatistik. Vor zwei Jahren war es dann nur noch Platz 3, und heute liegt Frankfurt auf Platz 6 – zwischen Kiel und Lübeck. Das ist Politik, die den Menschen dient, weil sie für mehr Sicherheit sorgt.“

Dass die Wähler diese Politik honorieren, zeigen die jüngsten Umfragen von Infratest/dimap. Wären morgen Landtagswahlen, dann würde die hessische CDU 45% erhalten, die SPD 35, die FDP 9 und die Grünen 6. Das sei keineswegs der Sieg, aber ein Zwischenbescheid, auf dem sich aufbauen lässt.

Auch auf die Bundespolitik kam Koch zu sprechen und lobte Geschlossenheit und Teamfähigkeit der Union und ganz besonders die Zusammenarbeit zwischen Edmund Stoiber und Angela Merkel. Koch: „Die CDU hat in den letzten 12 Monaten nicht alles, aber fast alles richtig gemacht. Sie ist eine Mannschaft geworden und hat mit Edmund Stoiber die richtige Antwort auf einen Kanzlerdarsteller und prinzipienlosen Selbstdarsteller gegeben.“

Hessens Ministerpräsident erklärte den Versuch der Kampa für gescheitert, Edmund Stoiber das Etikett rechts anzuheften. ■ Die



Angela Merkel in Bad Wildungen: Leistung muss sich wieder lohnen, damit die Starken in einer globalisierten Welt im Land bleiben und es so möglich ist, die Schwächeren zu unterstützen.

Kampa habe nicht genau in die Münchener Vorstädte geschaut, wo die Arbeiter CSU wählen, weil diese Partei für eine verlässliche und zielorientierte Wirtschaftspolitik steht. ■ Sie hat nicht hingehört, als der bayerische DGB-Vorsitzende gesagt hat, mit Edmund Stoiber könne man zusammenarbeiten, weil er was bewegt. ■ Die Kampa habe verdrängt, daß die Bayern der CSU regelmäßig über 50% geben – nicht weil die Bayern notorisch rechts wählen, sondern weil Edmund Stoiber für eine erfolgreiche Politik stehe.

Den „Rambo“ Stoiber gebe es nur in der Kampa,

und der heiße Franz Müntefering, betonte Koch und griff direkt den Kanzler an: „Die Leute haben die Nase voll von den Sprüchen. Sachsen-Anhalt hat das gezeigt. Sie haben die Nase voll von einem hohlen Aktionismus und einem Kanzler, der per Hubschrauber in einem Wagonwerk einfliegt und die Arbeitsplätze dort kurzerhand für gerettet erklärt, was dazu führt, daß im benachbarten Brandenburg einen Tag später ein Werk desselben Unternehmens schließt, nur damit der Kanzler in Sachsen-Anhalt seinen Willen bekommt!“

Von zustimmenden Zurufen unterbrochen, lobte Koch den Kanzlerkandidaten der Union: „Es stimmt, daß Gerhard Schröder lustiger sei – aber jetzt ist Schluß mit Lustig. Es ist wahr, daß Edmund Stoiber ein Mann ist, der Akten liest, der nüchtern ist und der auch hart sein kann. Und es sei auch wahr, daß Deutschland einen solchen Mann braucht.“

Am Ende war klar: Roland Koch hat mit seiner Rede den Nerv der Delegierten getroffen. Jedem im Saal war in diesem Moment das Parteitagmotto klar: „Ge-meinsam packen wir's!“

Das Ergebnis: Mit 98,84% wird Koch als Landesvorsitzender bestätigt. **UID**

Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsflaute treffen vor allem die sozial Schwachen

Sechs Wochen nach dem Festakt zum 50. jährigen Bestehen des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) in Siegen hielt der EAK seine 39. Bundestagung ab. Die Protestanten von CDU und CSU zeigten damit einmal mehr, dass sie in diesem Wahljahr inhaltlich deutliche und vernehmbare Impulse setzen.

Unter dem Leitwort „Gerechtigkeit gestalten“ trafen sich rund 500 Delegierte und Tagungsgäste in Würzburg, um aus dezidiert protestantischer Perspektive verschiedene Politikfelder am Maßstab der Gerechtigkeit zu messen. Der Bundesvorsitzende Jochen Borchert machte in seiner Eröffnungsrede deutlich: „Gerechtigkeit muss täglich erstritten werden. Nur auf dem Weg der Gerechtigkeit ist für unsere Gesellschaft auch in Zukunft gutes Leben möglich.“ Er zitierte in diesem Zusammenhang den Kirchenvater Augustin, der mit Blick auf den Staat sagte: „Fehlt einem Staat die Gerechtigkeit, was ist er dann anders als eine große Räuberbande?“



In drei Arbeitsgruppen wurden die Themen Familie, Gesundheit und Bildung behandelt. Der Bundesvorstand verabschiedete zu jedem Thema eine „Würzburger Erklärung“.

In einer uralten Erkenntnis bestärkt

Ein Kernsatz des Bildungspapiers lautet: „‘Pisa’ und ‘Erfurt’ haben gleichermaßen die uralte Erkenntnis bestärkt, dass Bildung aus personaler Beziehung und ethischer Bindung besteht. Fehlt Beziehung, so verhindert Kommunikationsunfähigkeit Lernerfolge; fehlt Bindung, so fehlt es Kindern

und Jugendlichen am Interesse an ihrem Lebensfortschritt.“

Mit Blick auf die Familienpolitik wurde festgehalten: „Familie ist für uns nicht einfach dort, wo Kinder sind. Diese Definition ist zu beliebig. Familie ist dort, wo Eltern dauerhaft Verantwortung für ihre Kinder übernehmen und Kinder Verantwortung für ihre Eltern.“

„Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen“ wurde als unverzichtbare Grundlage eines gerechten Gesundheitssystems angesehen. „Solidarität und Eigenverantwortung, Transparenz und Begrenzung auf notwendige Leistungen sind die grundlegenden Ele-

mente für eine gerechte medizinische Versorgung.“

Der Kanzlerkandidat der Union, der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber, stellte bei der öffentlichen Kundgebung vor rund 1600 Menschen die „Gerechtigkeit als politische Herausforderung“ in den Mittelpunkt seines Nachdenkens. Er griff die SPD scharf an, der er vorwarf, dass sie zu Unrecht darauf verweise, die Partei der sozialen Gerechtigkeit zu sein. „Die Flaute der Wirtschaft und die Arbeitslosigkeit trifft an erster Stelle die sozial Schwachen. Das ist sozial ungerecht! Gerade die Arbeitswilligen, die sich ein Zubrot verdienen müssen, werden von Schröders Bürokratiemonster der 325-Euro-Jobs getroffen. Das ist sozial ungerecht!“ Dagegen betonte er, dass unter CDU und CSU „die Balance von Eigenverantwor-

tung und Solidarität“ wieder hergestellt wird. „Für mich“, so Stoiber, „ist soziale Gerechtigkeit als politische Herausforderung in erster Linie der Ausgleich von Freiheit und Gleichheit.“ Unter großem Beifall warnte Stoiber vor der Faszination der „Gleichheit“ gegenüber der „Freiheit“.

Spürsinn für Gerechtigkeit

Beim theologischen Abendgespräch diskutierten der bayerische Innenminister Günther Beckstein und der Bischof der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg, Wolfgang Huber, zum Thema „Spürsinn für Gerechtigkeitslücken?! Der

Beitrag der Kirchen in der Gerechtigkeitsdiskussion“ miteinander.

Der frühere Verfassungsrichter, Prof. Paul Kirchhof, der zur Steuererechtigkeit in Deutschland sprach, urteilte hart über das geltende Steuerrecht: Die Verwerfungen unseres Steuerrechts sind so erheblich, dass von Steuerunrecht zu sprechen ist. Dennoch sah Kirchhof Hoffnung im Steuerdunkel. Die Politik habe eingesehen, dass aus dem fundamentalen Steuerrecht wieder Recht gemacht werden müsse. Er schlug vor, dass die 30 Unternehmen, die am meisten Steuern zahlten, in einem „Steuer-Dax“ veröffentlicht werden soll-



CDU trauert um Horst Waffenschmidt

Tiefes Mitgefühl zum Tod von Horst Waffenschmidt hat die Parteivorsitzende Angela Merkel dessen Frau, seinen Kindern und Angehörigen ausgedrückt:

Mit Horst Waffenschmidt habe ich einen wahren Freund verloren. Ich werde ihn sehr vermissen.

Die CDU verliert mit Horst Waffenschmidt einen Menschen, dessen Humor und Lachen ansteckend waren, der immer Zuversicht ausstrahlte und der bei aller Freude am politischen Meinungsstreit im anderen immer zuerst den Menschen gesehen hat.

Als Mitglied des nord-



Foto: Hartmut Bühler

rhein-westfälischen Landtages, als direkt gewählter Abgeordneter des Deutschen Bundestages von 1972 bis 1998, als Parlamentarischer Staatssekretär und Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung setzte er wichtige und entscheidende politische Akzente in unserem Land.

Insbesondere gilt dies für sein unermüdliches Engagement als Anwalt im wahrsten Sinne für die Belange der Heimatvertriebenen und Aussiedler.

Horst Waffenschmidt war zugleich mit seinem ganzen Herzen Kommunalpolitiker, der auf die Menschen zuging und sich um ihre Probleme kümmerte. Er war Ratsmitglied seiner Heimatgemeinde, Kreistagsabgeordneter und von 1973 bis 1997 Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU.

Die CDU trauert um den Verlust eines großartigen Menschen und Politikers.

Friedrich Merz: Als überzeugter Christ hat Horst Waffenschmidt auch in der Politik seinen christlichen Glauben in beeindruckender Weise vorgelebt.

Peter Götz: Die Kommunalpolitiker der Union trauern um ihren Ehrenvorsitzenden. Er war ein standhafter und großer Vertreter der kommunalen Selbstverwaltung.

Jochen Borchert: Durch seine evangelisch geprägte Art hat der Verstorbene zum wahrnehmbar protestantischen Profil der CDU beigetragen.

ten: als Anerkennung der Leistungen, die sie für die Gemeinschaft erbringen.

Der Ministerpräsident des Saarlandes Peter Müller sprach zum Ende der 39. Bundestagung über das Thema: „Unser Ziel – eine

gerechte Gestaltung der Zuwanderung“. Er gab seiner Freude Ausdruck, dass der EAK dieses „heiße Eisen“ auf seiner Bundestagung anpackt. Es sei ein politischer Fortschritt, dass man erkannt habe, dass Zu-

wanderung gestaltet, ja gerecht gestaltet werden müsse.

Der Evangelische Arbeitskreis hat mit seiner 39. Bundestagung ein klares Signal gesetzt. Es macht sich Wechselstimmung breit. **UD**

Saarbrücker Zeitung und tz in München gewinnen Lokaljournalistenpreis

Bei einer Rekordbeteiligung von mehr als 440 Einsendungen hat es in diesem Jahr zwei Sieger gegeben: Der Lokaljournalistenpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung geht an die „Saarbrücker Zeitung“ und an die „tz“ in München.

Die Jury der Konrad-Adenauer-Stiftung begründet ihre Entscheidung mit der herausragenden Rechercheleistung, der Sorgfalt, dem Engagement und handwerklichen Können beider Redaktionen.

Die „Saarbrücker Zeitung“ hatte den Mut, ein unangenehmes historisches Thema aufzugreifen. In einer Vielzahl von Folgen wies sie nach, dass sich ein hochangesehener Arzt, nach dem auch eine Straße und ein Brunnen benannt wurden, während der Zeit des Nationalsozialismus schwerer Verbrechen schuldig gemacht hat.

Die „tz“ hat in beispielhafter Weise den Pflegenotstand in München zum Thema gemacht. In einer Vielzahl von Folgen hat sie die Schwachstellen offen gelegt, aber auch Lösungen angeboten.

Der 3. Preis der Konrad-Adenauer-Stiftung geht an die „Berliner Morgenpost“. Die Redaktion hat in einem herausragenden Test die Schwächen der Berliner Verwaltung herausgearbeitet.

Die Sonderpreise der Konrad-Adenauer-Stiftung bekommen diesmal die „Badische Zeitung“, der „Nordbayrische Kurier“,

die „Pforzheimer Zeitung“, die „Sindelfinger Zeitung“ und die „Westfalenpost“ in Hagen.

Der Lokaljournalistenpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung wurde vor mehr als 20 Jahren ins Leben gerufen und gilt heute als einer der renommiertesten Preise für Journalismus in Deutschland.

FRAU & POLITIK 2/2002

Perspektive Deutschland

Wenn Edmund Stoiber die Menschen mitnehmen will bei seiner Politik, dann hat er dazu gute Aussichten, denn unsere Bürgerinnen und Bürger werden viel zu oft unterschätzt. Sie beweisen mehr gesunden Menschenverstand, als ihnen zugetraut wird. Sie haben ihre eigene Meinung.

In Ausgabe 2/2002 der Zeitschrift der Frauen-Union „Frau & Politik“ können Sie nachlesen, was die größte Online-Umfrage unter der Schirmherrschaft von Lothar Späth zu Tage brachte, wie viel Verantwortung die Deutschen übernehmen wollen und

wie viel gesellschaftlichen Wandel sie vertragen. Die Umfrage zeichnet ein repräsentatives Bild der Bevölkerung zwischen 18 und 59. Danach sind wir Deutschen weder eine Ellbogengesellschaft, noch leben wir in einem Freizeitpark und wünschen ihn auch nicht. Hemmnis Nummer 1: die vielen staatlichen und rechtlichen Vorschriften.

**„Frau & Politik“ können Sie beziehen über:
Bundesgeschäftsstelle
der Frauen-Union,
Klingelhöferstr. 8,
10 785 Berlin, Jahrespreisabonnemnt 15 €
für 6 Ausgaben**



REGIERUNGSPROGRAMM VON CDU UND CSU

Mut zur Bescheidenheit

Der Personalisierung beider SPD setzen CDU und CSU einen inhaltlichen Wahlkampf entgegen. Die Sozialkassen sind am Rande ihrer Leistungsfähigkeit. Deutschland hat sich Brüssel zu striktem Sparen verpflichtet. Wer im Wahlkampf ernst genommen werden will, hat wenig Handlungsspielraum. Die Union trägt dem Rechnung, indem sie Versprechen unter einen Finanzierungsvorbehalt stellt. Es gehört schon Mut zur Bescheidenheit, wenn Realismus mit Verlockung konkurriert. Die FDP schert sich jedenfalls weit weniger um die Haltbarkeit ihrer Ankündigungen.

Lausitzer Rundschau

An Sicherheit und Beständigkeit gelegen

Wechsel und Erneuerung: ja, ganz großer Schnitt:

nein. So umriss Unionskanzlerkandidat Edmund Stoiber die Intention des Wahlprogramms von CDU und CSU. Die Union hat aus ihrer 98-er Niederlage gelernt, dass Wählern mehr an Sicherheit und Beständigkeit gelegen ist als an der Verkündung ebenso großer wie schmerzhafter Reformvorhaben. Wenn schon Unannehmlichkeiten bei Renten- und Krankenversicherung oder beim Arbeitsmarkt nicht verschwiegen werden können, muss an anderer Stelle auf sozialen Ausgleich geachtet werden. Stoiber wird die Kritik der Wirtschaftsverbände verschmerzen können, er betone zu sehr das „S“, also das Soziale, im Parteikürzel.

Hamburger Abendblatt

LOTHAR SPÄTH

Mittelstürmer

Auch in der Politik gilt: Es kommt nicht nur auf den Kanzler, es kommt auf die ganze Mannschaft an! Trainer Stoiber hat Späth für die

Mittelstürmerposition des Wirtschaftsministers nominiert. Als Ministerpräsident schuf er die Grundlagen für das Baden-Württemberg von heute. Als Jenoptik-Chef machte er aus einer Ostfirma ein Weltunternehmen. Er half vielen Mittelständlern, im Osten Firmen zu gründen. Er wäre für den Mittelstand, die Arbeitslosen, den Osten, was Uwe Seeler für unseren Fußball war.

Bild

FDP

Fehler gemacht

Westerwelle ist Gefangener seiner spontanen Idee nach der Sachsen-Anhalt-Wahl geworden. Diese Idee war witzig. Sie ist aber in ihrem symbolischen Anspruch ein Fehler, sachlich und persönlich. Von der Sache her wird die FDP in der deutschen Politik nicht als Kanzlerpartei gebraucht. Der Kanzler muss das große Ganze im Blick haben. Im Gegensatz dazu könnte die Aufgabe der FDP nach der Bundestagswahl nur darin liegen, einen

NEW

Gründungsjahr 1990

NPOST

WIRTSCHAFTS

großen Koalitionspartner in Bewegung zu halten.

Bild am Sonntag

WAFFENGESETZ

Schlampig gemacht

Mit Hast wird am neuen Waffengesetz gestrickt. Die bisher Volljährigen (die Senkung der Altersgrenze auf 18 schien seinerzeit wegen der eher linksliberalen Attitüde der Jungwähler nützlich) sollen so volljährig nun nicht mehr sein. Es handle sich, betont Niedersachsens Justizminister jetzt, bei den 18- bis 21-Jährigen in Wahrheit „um die labilste Gruppe“ der Menschen, um eine „Minderheit“, aber eine „relevante“, weshalb man bei den braven Vertretern dieser Altersgruppe um Verständnis für die Einschränkungen werben müsse. Wie schlampig muss Politik gemacht sein, dass diese nun plötzlich breite Erkenntnis nicht schon in die Novelle des Waffengesetzes vor zwei (!) Wochen eingeflossen ist?

Rheinischer Merkur

ARBEITSKAMPF

Spiel mit dem Feuer

Mit ihrem Arbeitskampf zur Durchsetzung eines Tarifabschlusses mit einer Vier vor dem Komma treibt die IG Metall ein Spiel mit dem Feuer. Ein erpresster Abschluss in dieser Größenordnung würde die Lohn-Preis-Spirale in Gang setzen, die Europäische Zentralbank zwingen, die Zinsen früher als erwartet zu erhöhen, die Lohnstückkosten steigern und die Wettbewerbskraft zweier Schlüsselbranchen schwächen. Er würde dem schwachen Aufschwung die Dynamik nehmen und die Wende auf dem Arbeitsmarkt hinausschieben.

Handelsblatt

NIEDERLANDE

Gefahr für das staatliche Gewaltmonopol

Der Gewaltakt gegen Pim Fortuyn fällt in eine Zeit, in

der nationalistische Gruppierungen auf dem Kontinent an Zulauf gewinnen – daran ändert auch das Ergebnis der französischen Präsidentschaftswahlen nichts. Im zweiten Wahlgang stimmten immerhin noch rund 17 Prozent für die front national. In Österreich, Portugal und Italien sind rechtspopulistische Parteien Teil der Regierung, und in Dänemark bedarf die Minderheitskoalition der Unterstützung durch die ausländerfeindliche Volkspartei. Nicht auszuschließen, dass solche Tendenzen die Gegenseite dazu bewegen, sich über Recht und Gesetz hinwegzusetzen und die vermeintliche Bedrohung mit Gewalt auszuschalten – eine Gefahr für das staatliche Gewaltmonopol und die Demokratie. Mit der strafrechtlichen Verfolgung ist es nicht getan, solange die Ursachen bestehen. Der Siegeszug der Rechten ist das Spiegelbild des Versagens der großen Parteien Europas. Im Kampf um die Mitte haben sie die Aufgabe, Lösungsvorschläge für Probleme zu präsentieren, vernachlässigt. Financial Times

„Andere Umstände
erfordern bessere Politik.“



Zeit für Taten.

CDU

Plakat „Familie“, „Andere Umstände

Best.-Nr.: 7877

DIN A1,

25 Expl.: 10,00 € (11,60 €)



**CDU-Buntstifte mit intensiver Farbkraft,
Bruch-, Wisch- und Wasserfest**

Best.-Nr.: 9250

10 Schachteln

17,40 € (20,18 €)

„Andere Umstände
erfordern bessere Politik.“



Vorfahrt für Familien.

CDU

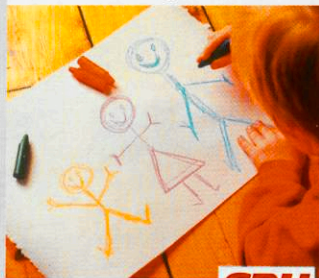
Leporello „Familie“
„Andere Umstände

Best.-Nr.: 2879

100 Expl.: 20,00 €

(21,40 €)

„Wir malen uns die Welt,
wie sie uns gefällt.“



Zeit für Taten.

CDU

CDU-Malblock
„Wir malen uns die Welt,
wie sie uns gefällt“

DIN A4, 30 Blatt

Best.-Nr.: 9878

20 Expl.: 28,00 € (32,48 €)



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



Lederfußball

Best.-Nr.: **9614**

1 Expl.: 13,20 € (15,30 €)



Fußball-WM-Kalender

70 x 105 mm

Best.-Nr.: **9849**

500 Expl.: 23,00 € (26,68 €)

BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7 % bzw. 16 % MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.